

# Indiana Tribune.

(Wochenblatt.)

Office: Ecke Circle u. Meridianstr.

Am dritten Tod.

Entered as second-class matter at the Postoffice at Indianapolis, Indiana.]

Abonnements-Preise.

In der Stadt durch die Post ins Haus geliefert.

Per Jahr im Voraus \$2.00

Per Number 5 Cents.

Otto Schiffel, Herausgeber.

Indianapolis, Ind., den 30. April 1881.

## Republikanisches Stadt - Ticket.

Mayor:

**Daniel W. Grubbs.**

City-Clerk:

**Joseph T. Wagner.**

Schulmeister:

**Isaac N. Pattison.**

Assessor:

**Millard F. Connell.**

Marshall:

**Richard S. Colter.**

Für Aldermen.

Erster Distrikt—James T. Hyman.

Zweiter Distrikt—Dr. D. DeKuiter.

Dritter Distrikt—Hiram Brainerd Norison.

Vierter Distrikt—Hiram Elbert.

Fünfter Distrikt—Dr. J. C. Waters.

Für Councilmen.

Erste Ward—George Weaver.

Zweite Ward—H. B. Stout.

Dritte Ward—James A. Pritchard.

Vierte Ward—Allen C. Taylor.

Fünfte Ward—John R. Pearson.

Sexte Ward—Dr. B. Ward.

Siebte Ward—Dr. C. T. Bedford.

Achte Ward—Adolph J. Manh.

Neunte Ward—Philip Reichwein.

Zehnte Ward—Baron W. Cole.

Elfte Ward—Isaac Thalmann.

ZWölftes Ward—W. G. Morrison.

Dreizehntes Ward—John R. Conie.

Vierzehntes Ward—Henry Mauer.

Fünfzehntes Ward—Frank F. Weisheit.

Siebzehntes Ward—Hugh Burns.

Sechzehntes Ward—Peter F. Schae.

Achtzehntes Ward—G. H. Hassell.

Neunzehntes Ward—Ed. V. Thompson.

Zwanzigstes Ward—Nelson Hale.

Einundzwanzigstes Ward—Ed. Grundage.

Zweiundzwanzigstes Ward—John Egger.

Dreiundzwanzigstes Ward—G. H. Dean.

Vierundzwanzigstes Ward—Ernst Knodel.

Fünfundzwanzigstes Ward—James Costello.

**Die Stadtwahl und die Prohibitionsfrage.**

Nachdem das Tageblatt an der Dela-

ware Straße länger als eine Woche ge-

bräucht hatte, sich eine Meinung in Bezug

auf den Zusammenhang oder Nicht-Zu-

ammenhang der Prohibitionsfrage mit

der bevorstehenden Stadtwahl zu bilden,

brachte es am Montag unter obiger Ueber-

schrift folgenden Artikel:

Sobald die demokratische Stadt-Con-

vention ihre Nominierungen gemacht und

durch Nicht-Besässigung irgend welcher Be-

schlüsse es unterlassen hätte, die Prohibi-

tionsfrage in unserer Stadtwahl hineinzu-

tragen, nahmen wir Amt von dieser That-

sache und erklärten, dass diese Frage unter

den Umständen nicht die Entscheidungs-

frage bei der Stadtwahl sein könne und

würde. Das diese, wie alle öffentlichen

Frage in der Wahl Berücksichtigung

finden würde, war selbstverständlich.

Aber ob man die republikanischen Can-

didaten als Vertreter ihrer Partei für die

Sünden derjenigen verantwortlich machen,

oder ob man sie als Schafe unter den

Wölfen betrachten und feiern sollte, ob

man den demokratischen Kandidaten die

Weigerung ihrer Convention, Stellung

zu nehmen, ehe irgend eine Organisation

da war, die Stellung verlangte, als eine

persönliche und politische Sünden anstrengte

die Prohibitionsfrage bei unserer Stadtwahl nicht.

Und die Demokraten, welche von Re-

publikanern verlangen, dass sie ohne irgend

welche Positionnahme seitens ihrer Partei

für die Kandidaten derjenigen stimmen, thun

eben so Unrecht, wie die Republikaner,

welche die Nichtberücksichtigung der Prohi-

bitionsfrage bei einer bloßen Munizipal-

wahl als genügenden Grund betrachten und annehmen, um wieder mit vollem Jubel in's Parteidorn zu stoßen und wenigstens indirekt die prinzipielle Zusammenfassung zu fördern, daß die Prohibitionsfrage überhaupt nicht zu einer politischen Einheitlichkeit erachtet werden könnte.

Als Augenblick und Pflicht für ehrliche und entschiedene Gegner der Prohibitionsfrage erachtet es uns, bei der bisigen Stadtwahl eine referierte Stellung inne zu halten, um so mehr, als sie wenigstens zum Theil sehr zweifelhaft waren und, ob es ratschlich sei, die diesige Stadtwahl zu einer Testwahl zu machen, eben wenigstens teilweise organisiert war. Und dieser Zweifel erhielt doppeltes Gewicht dadurch, daß selbst im Falle der Prohibition alle Ursache haben, im Januar ihrer Sache bei der nächsten Stadtwahl republikanisch zu stimmen. Freilich, dies einzusehen muß man eben nicht bloß demokratisch sein.

## Indiana Tribune.

sondern doch wir Alles haben wollen, oder nichts? Was kann irgend ein vernünftiger Mensch bestreiten, daß ein solcher Wind mit dem Baumfaß von bedeckendem Einfluß für die Zukunft in Europa auf die Stellung der demokratischen Partei in der Prohibitionsfrage einfließt? Es ist also wohl ein Zusammenhang zwischen der Prohibitionsfrage und der Stadtwahl. Ob dieser Zusammenhang ein direkter oder indirekter ist, ist gleichgültig. Wir bleiben deshalb dabei, daß die Gegner der Prohibition alle Ursache haben, im Januar ihrer Sache bei der nächsten Stadtwahl republikanisch zu stimmen. Freilich, dies einzusehen muß man eben nicht bloß demokratisch sein.

### Die "Irish World" und unsere Regierung.

Die "Irish World" ein Wochenblatt, welches in New York erscheint, und, wie das schon der Name besagt, die Interessen und Anschauungen der Irlander vertritt zu widmen sucht, in welche es durch die Freiheit und Heuchelei seiner Partei gebracht wurde, und wie wir im Recht sind, wenn wir behaupten, daß Demokraten immer demokratisch sind.

Wollen wir einmal sehen, ob die Prohibitionsfrage Nichts mit der nächsten Stadtwahl zu thun hat?

Zugegeben, daß, wie das v. p. Tageblatt behauptet, die Prohibitionsfrage bei der Stadtwahl als direkte Parteidfrage nicht existiert, so fragen wir, ob die Kandidaten denn für gar nichts zählen? Wir fragen, ob es nicht von weittragendem praktischen Einfluß ist, für die Kandidaten zu stimmen, von denen man weiß, daß sie individuell Anti-Prohibitionisten sind, und Denjenigen eine Niederlage zu bereiten, welche ihrer ganzen gesellschaftlichen Stellung gemäß Freunde der Temperanzler sind? Wenn man denn einmal die beiden Parteien zwingen will, Farbe zu bekennen, warum nicht die erste Gelegenheit dazu benützen, um zu zeigen, daß wir nicht bloß die Partei, sondern auch die Kandidaten bevorzugen, die unserer Sache sympathisch sind, denn wir wissen noch lange nicht, ob wir nicht späterhin gezwungen sein werden, uns die Kandidaten und nicht die Parteien anzuschauen.

Dazu kommt noch, daß wir auch die nächstliegenden praktischen Folgen zu erwägen haben. Wer sagt uns, daß wenn der Ruder Smart gewählt wird, unser Sommertheater nicht seine Thüren geschlossen gezwungen sein wird, wie ja auch in Cincinnati der demokratische Temperanz-Major die Theater schließen ließ. Bis jetzt wurden die Wirths am Sonntag nicht viel belästigt, wer sagt uns, daß Smart das nicht ändern würde? Nach dem Beispiel des demokratischen Mayors von Cincinnati würde er es gewiß.

Über all das hat das v. p. Tageblatt nichts zu sagen, es ist eben demokratisch.

In dem aber, was es sagt, drückt es sich sehr vorsichtig aus. Als direkte Parteid- und Prinzipienfrage existiert die Prohibitionsfrage bei der Stadtwahl nicht. Das Wort "direkt" ist hier sehr gut angebracht. Bewundernswerte Vorstufe! Da hat man doch nicht nötig, auseinanderzusezen, wie sie "indirekt" existiert, denn das Wörtchen "direkt" wird ja wohl von den Meisten doch übersehen. Darin liegt ja eben die ganze Wichtigkeit der Sache, daß die Prohibitionsfrage indirekt mit der Stadtwahl zusammenhängt. Um das zu sehen, muß man eben Schlüsse ziehen, und Schlüsse sind des v. p. Tageblatts schwache Seite, zumal wenn sie ungewöhnlich sind. Man halte nach dem, was der demokratische Staatsconvention vorausgegangen war, und weil traditionell die demokratische Partei immer ihren Vortheil wahrnahm, wenn sie Temperanzler geworden waren, und die Prohibitionsfrage bei gewaltsamem Enttäuschen des v. p. Tageblatts, nicht zu unserer! Den Deutschen jetzt doch für sie stimmen, müßten sie dann nicht auf die Idee kommen, sie hätten die Stimmen der Deutschen im Sack und sie bräuchten, um sie auch später zu bekommen, sich gar nicht sehr anstrengen, hätten gar nicht nötig, die Temperanzler vor den Kopf zu schlagen? Gleich nicht unter den Umständen ein starkes deutsches Votum zu Gunsten der Demokraten, welche von Re-

publikanern verlangen, daß sie ohne irgend

welche Positionnahme seitens ihrer Partei

für die Kandidaten derjenigen stimmen, thun

eben so Unrecht, wie die Republikaner,

welche die Nichtberücksichtigung der Prohi-

bitionsfrage bei einer bloßen Munizipal-

wahl als genügenden Grund betrachten und

annehmen, oder nichts? Was kann irgend

ein vernünftiger Mensch bestreiten, daß ein

solcher Wind mit dem Baumfaß von bedeckendem Einfluß für die Zukunft in Europa auf die Stellung der demokratischen Partei in der Prohibitionsfrage einfließt? Es ist also wohl ein Zusammenhang zwischen der Prohibitionsfrage und der Stadtwahl. Ob dieser Zusammenhang ein direkter oder indirekter ist, ist gleichgültig. Wir bleiben deshalb dabei, daß die Gegner der Prohibition alle Ursache haben, im Januar ihrer Sache bei der nächsten Stadtwahl republikanisch zu stimmen. Freilich, dies einzusehen muß man eben nicht bloß demokratisch sein.

Die "Irish World" und unsere Regierung.

Die "Irish World" ein Wochenblatt, welches in New York erscheint, und, wie das schon der Name besagt, die Interessen und Anschauungen der Irlander vertritt zu widmen sucht, in welche es durch die Freiheit und Heuchelei seiner Partei gebracht wurde, und wie wir im Recht sind, wenn wir behaupten, daß Demokraten immer demokratisch sind.

Wollen wir einmal sehen, ob die Prohibitionsfrage Nichts mit der nächsten Stadtwahl zu thun hat?

Zugegeben, daß, wie das v. p. Tageblatt behauptet, die Prohibitionsfrage bei der Stadtwahl als direkte Parteidfrage nicht existiert, so fragen wir, ob die Kandidaten denn für gar nichts zählen? Wir fragen, ob es nicht von weittragendem praktischen Einfluß ist, für die Kandidaten zu stimmen, von denen man weiß, daß sie individuell Anti-Prohibitionisten sind, und Denjenigen eine Niederlage zu bereiten, welche ihrer ganzen gesellschaftlichen Stellung gemäß Freunde der Temperanzler sind? Wenn man denn einmal die beiden Parteien zwingen will, Farbe zu bekennen, warum nicht die erste Gelegenheit dazu benützen, um zu zeigen, daß wir nicht bloß die Partei, sondern auch die Kandidaten bevorzugen, die unserer Sache sympathisch sind, denn wir wissen noch lange nicht, ob wir nicht späterhin gezwungen sein werden, uns die Kandidaten und nicht die Parteien anzuschauen.

Dazu kommt noch, daß wir auch die nächstliegenden praktischen Folgen zu erwägen haben. Wer sagt uns, daß wenn der Ruder Smart gewählt wird, unser Sommertheater nicht seine Thüren geschlossen gezwungen sein wird, wie ja auch in Cincinnati der demokratische Temperanz-Major die Theater schließen ließ. Bis jetzt wurden die Wirths am Sonntag nicht viel belästigt, wer sagt uns, daß Smart das nicht ändern würde? Nach dem Beispiel des demokratischen Mayors von Cincinnati würde er es gewiß.

Über all das hat das v. p. Tageblatt nichts zu sagen, es ist eben demokratisch.

In dem aber, was es sagt, drückt es sich sehr vorsichtig aus. Als direkte Parteid- und Prinzipienfrage existiert die Prohibitionsfrage bei der Stadtwahl nicht. Das Wort "direkt" ist hier sehr gut angebracht. Bewundernswerte Vorstufe! Da hat man doch nicht nötig, auseinanderzusezen, wie sie "indirekt" existiert, denn das Wörtchen "direkt" wird ja wohl von den Meisten doch übersehen. Darin liegt ja eben die ganze Wichtigkeit der Sache, daß die Prohibitionsfrage indirekt mit der Stadtwahl zusammenhängt. Um das zu sehen, muß man eben Schlüsse ziehen, und Schlüsse sind des v. p. Tageblatts schwache Seite, zumal wenn sie ungewöhnlich sind. Man halte nach dem, was der demokratische Staatsconvention vorausgegangen war, und weil traditionell die demokratische Partei immer ihren Vortheil wahrnahm, wenn sie Temperanzler geworden waren, und die Prohibitionsfrage bei gewaltsamem Enttäuschen des v. p. Tageblatts, nicht zu unserer! Den Deutschen jetzt doch für sie stimmen, müßten sie dann nicht auf die Idee kommen, sie hätten die Stimmen der Deutschen im Sack und sie bräuchten, um sie auch später zu bekommen, sich gar nicht sehr anstrengen, hätten gar nicht nötig, die Temperanzler vor den Kopf zu schlagen? Gleich nicht unter den Umständen ein starkes deutsches Votum zu Gunsten der Demokraten, welche von Re-

publikanern verlangen, daß sie ohne irgend

welche Positionnahme seitens ihrer Partei

für die Kandidaten derjenigen stimmen, thun

eben so Unrecht, wie die Republikaner,

welche die Nichtberücksichtigung der Prohi-

bitionsfrage bei einer bloßen Munizipal-

wahl als genügenden Grund betrachten und

annehmen, oder nichts? Was kann